



B90/DIE GRÜNEN im Rat der Stadt Dortmund

Drucksache Nr.: 11640-08-E2

An den Vorsitzenden des Rates der Stadt Dortmund

14.05.2008

Gemeins. Zusatz-/Ergänzungsantrag zum Tagesordnungspunkt

Sitzungsart:	Stellungnahme	TOP-Nr.:
öffentlich		6.1
Gremium:		Beratungstermin:
Rat der Stadt Dortmund		15.05.2008

Tagesordnungspunkt

Energiesozialtarif

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat stellt fest, dass die absehbar weiter ansteigenden Energiepreise ein zunehmendes Problem für einkommensschwache Haushalte darstellen.

Der Rat begrüßt in diesem Zusammenhang die offensichtlich erfolgreichen Versuche von DEW 21, durch verschiedene Maßnahmen und Angebote Zählersperrungen zu verhindern und die Anzahl der Sperrungen zu senken.

Ziel muss es sein, die trotzdem noch vorhandene hohe Zahl von Sperrungen weiter zu reduzieren. Ein Sozialtarif kann dabei eines von mehreren Mitteln sein.

Um Wettbewerbsnachteile für einzelne Stadtwerke zu verhindern, muss ein solcher Sozialtarif allerdings auf Bundesebene für alle Energielieferanten gesetzgeberisch geregelt werden. Der Rat hält es darüber hinaus für notwendig, die Regelsätze für BezieherInnen von Leistungen nach SGB II und SGB XII hinsichtlich ihrer Bestandteile für den Bezug von Energie an steigende Preise anzupassen.

Insofern fordert der Rat die Bundesregierung auf, entsprechend der EU-Richtlinie zum Elektrizitätsbinnenmarkt diese oder andere Maßnahmen zum Schutz benachteiligter Kunden zu treffen. Die Finanzierung soll durch den Bund erfolgen.

Viele Haushalte sind hinsichtlich ihres Energieverbrauchs dadurch benachteiligt, dass sie häufig nur über ältere und damit energieintensive Haushaltsgeräte verfügen. Der Rat hält es für sinnvoll, wirksame Hilfen und Anreize für den Austausch von "stromfressenden" Haushaltsgeräten und Beleuchtungssystemen zu schaffen. Denkbar wäre ein Fonds, um Finanzierungslücken zu überbrücken und laufende Kosten zu senken. DEW 21 wird aufgefordert, Vorschläge für ein solches Unterstützungssystem vorzulegen.

Der Rat hält es unter Berücksichtigung der Prämisse, Stromtarife sowohl ökologisch als auch sozial zu gestalten für sinnvoll, Anreizsysteme zu schaffen, die allen Haushalte zugute kommen. DEW 21 wird aufgefordert, Tarifmodelle zu prüfen und zu bewerten, die z.B. durch preiswerte Kontingente in Verbindung mit steigenden Preisen für hohe Verbräuche Anreize zum Stromsparen schaffen.

Der Rat fordert DEW 21 auf, die Einführung digitaler fernauslesbarer Stromzähler unter Berücksichtigung der technischen Machbarkeit, des Datenschutzes sowie des Verbraucher- und Gesundheitsschutzes (W-Lan-Funknetze) zu prüfen. Ziel soll es sein, Kunden und Kundinnen über eine zeitnahe Visualisierung der Verbrauchswerte Impulse für eine Korrektur des Energieverbrauchs zu geben und die Erfolge von Energieeinsparbemühungen unmittelbar überprüfen zu können. DEW 21 werden gebeten, die Ergebnisse der Prüfung zeitnah vorzulegen.

Mit freundlichen Grüßen

SPD-Fraktion im Rat

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN im Rat

der Stadt Dortmund der Stadt Dortmund

gez. Ernst Prüsse gez. Mario Krüger

f.d.R. Dr. Andreas Paus f.d.R. Petra Kesper